



### Mitglieder der Verwaltung:

| <u>Name</u>    | <u>Funktion</u>                                     | <u>Anwesenheit</u> |
|----------------|---|--------------------|
| Herr Zenner    | Bürgermeister Geschäftsbereich I                    | zu allen TOP       |
| Herr Sárközy   | Bürgermeister Geschäftsbereich II                   | zu allen TOP       |
| Frau Göbel     | Fachbedienstete für das Finanzwesen                 | zu allen TOP       |
| Herr Brückner  | Leiter Büro Oberbürgermeister                       | zu allen TOP       |
| Herr Sorger    | Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen                | zu allen TOP       |
| Frau Myrczek   | Gleichstellungsbeauftragte                          | bis TOP 3.10.      |
| Herr Uebel     | Leiter Rechnungsprüfungsamt                         | zu allen TOP       |
| Frau Ullmann   | Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung         | öffentlicher Teil  |
| Herr Grasse    | Leiter Fachbereich Zentrale Dienste                 | öffentlicher Teil  |
| Herr Schäfer   | Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport    | bis TOP 3.10.      |
| Frau Wolf      | Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt                 | öffentlicher Teil  |
| Herr vom Hagen | Leiter Eigenbetrieb GAV                             | bis TOP 6.4.       |
| Herr Ullmann   | Leiter Fachgebiet Tiefbau                           | zu allen TOP       |
| Herr Mißbach   | Leiter Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften | zu allen TOP       |
| Frau Spranger  | Controllerin  | öffentlicher Teil  |
| Frau Kramer    | Controllerin  | öffentlicher Teil  |
| Herr Brosig    | Sachbearbeiter Verkehrsplanung                      | bis TOP 2.1.       |

### Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

#### von den Fraktionsgeschäftsstellen:

|  |                   |
|--|-------------------|
| Frau Lorenz, CDU-Fraktion                    | zu allen TOP      |
| Herr Kaufmann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion | zu allen TOP      |
| Frau Pietschmann, FDP-Fraktion               | zu allen TOP      |
| Vertreter des Seniorenbeirates               | öffentlicher Teil |
| Vertreter der Presse                         | öffentlicher Teil |

### Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 4. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 04.02.2020
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
- 1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der 4. nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 04.02.2020
- 2. Information**
- 2.1. Stellungnahme Nahverkehrsplan - 4.Fortschreibung 2020-2025  
**Drucksachenummer: 0116/2020**
- 3. Beschlussfassung**
- 3.1. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in 2019 für die Gewerbesteuerumlage  
**Drucksachenummer: 0121/2020**
- 3.2. Grundstücksverkehr (Ankauf Flurstück 4801/1, Gemarkung Plauen)  
(*Kinderhaus Westend*)  
**Drucksachenummer: 0124/2020**
- 3.3. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht für Flurstück 1019, Gemarkung Chrieschwitz) (*Seniorenheim Kastanienweg*)  
**Drucksachenummer: 0114/2020**
- 3.4. Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Plauen (RPO)  
**Drucksachenummer: 0102/2020**

- 3.5. Betriebssatzung für den „Kulturbetrieb der Stadt Plauen“ als kommunaler Eigenbetrieb (Kulturbetriebssatzung)  
**Drucksachennummer: 0110/2020**
- 3.6. Satzung zur 3. Änderung der Gebührensatzung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Hermann-Vogel-Haus in Krebses sowie Spitzenmuseum Plauen (Gebührensatzung Vogtlandmuseum - GebSVoMu)  
**Drucksachennummer: 0105/2020**
- 3.7. Berufung von Mitgliedern des Seniorenbeirates  
**Drucksachennummer: 0103/2020**
- 3.8. Änderung Verwendungszweck Förderung der Kinder- und Jugendarbeit 2020  
**Drucksachennummer: 0104/2020**
- 3.9. Entgeltordnung für Plauener Sportstätten  
**Drucksachennummer: 0091/2019**
- 3.10. Erlass einer Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung  
**Drucksachennummer: 0117/2020**
- 3.11. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme Stadt-/Stützmauer Schulberg (Investitionsnummer 18-0000152)  
**Drucksachennummer: 0108/2020**
- 3.12. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu Solaranlagen und Fassadenbegrünungen  
**Reg. Nr. 20-19**
  - Stellungnahme der Verwaltung
  - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 92-20**
- 3.13. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu Folgekosten für geplante Investitionen im Hochbaubereich  
**Reg. Nr. 26-19**
  - Stellungnahme der Verwaltung
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)
5. **17:00 Uhr - Einwohnerfragestunde**

## 1. Eröffnung der Sitzung

Die 6. Sitzung des Stadtrats der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadtrat André Bindl, FDP-Fraktion, und Stadtrat Lars Gruber, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bestellt.

### 1.1. Tagesordnung

keine Änderungen

### 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 04.02.2020

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 04.02.2020 fest.

### 1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

#### 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, die mit ihren Privatfahrzeugen zu einem Einsatz fahren, die Regeln der Straßenverkehrsordnung auf jeden Fall einhalten müssen. Sie haben keine Freistellung für z. B. Geschwindigkeitsüberschreitungen.

Bezüglich der Absage eines Einsatzes von Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr zur Absicherung des Faschingsumzuges der Stadt Plauen trägt Oberbürgermeister Oberdorfer aus einem Schreiben der Unfallkasse Sachsen auszugsweise vor:

„Gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 12 SGB VII stehen Personen unter gesetzlichem Unfallversicherungsschutz, welche in Unternehmen zur Hilfe bei Unglücksfällen unentgeltlich insbesondere ehrenamtlich tätig sind. Unter Versicherungsschutz stehen Tätigkeiten, die mit den Aufgaben des Hilfeleistungsunternehmens zusammenhängen und sonstige Tätigkeiten, die den Zwecken der Hilfeleistungsunternehmen wesentlich zu dienen bestimmt sind oder deren Angelegenheit wesentlich fördern. Bei dem geschilderten Fall ist keine Teilnahmeanordnung durch den Wehrleiter möglich, da weder eine Pflichtaufgabe noch eine freiwillige Aufgabe der Feuerwehr gegeben ist. Ein gesetzlicher Unfallversicherungsschutz kann daher nicht zugesagt werden.“

Oberbürgermeister Oberdorfer führt deshalb aus, dass er einer Wehr keine Einsatzanordnung geben oder den Wunsch dieser Wehr erfüllen kann, diese Maßnahme als Einsatz zu betrachten, wenn kein Unfallversicherungsschutz dazu besteht.

#### 1.5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der 4. nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 04.02.2020

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Höhergruppierung des Fachgebietsleiters Geoinformation und Vermessung im Geschäftsbereich II, Fachbereich Bau und Umwelt, Fachgebiet Geoinformation und Vermessung zum 01.01.2020 beschlossen.

## 2. Information

### 2.1. Stellungnahme Nahverkehrsplan - 4.Fortschreibung 2020-2025 *Drucksachenummer: 0116/2020*

Herr Brosig, Sachbearbeiter Verkehrsplanung, erläutert anhand einer Präsentation den Inhalt der Vorlage.

#### **Information:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die Stellungnahme der Stadtverwaltung zur 4. Fortschreibung des Nahverkehrsplans zur Kenntnis.

## 3. Beschlussfassung

### 3.1. Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in 2019 für die Gewerbesteuerumlage *Drucksachenummer: 0121/2020*

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Auszahlungen in 2019 i. H. v. 131.660,30 EUR für die Zahlung der Gewerbesteuerumlage 2019.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 6/20-1**

**3.2. Grundstücksverkehr (Ankauf Flurstück 4801/1, Gemarkung Plauen)  
Drucksachennummer: 0124/2020**

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt den Ankauf des Flurstücks 4801/1, Gemarkung Plauen, 08523 Plauen, Europaratstraße 3, Größe 3.178 m<sup>2</sup>, vom Freistaat Sachsen zum Preis von 220.000,00 EUR.
2. Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 234.000,00 EUR in der Investition 05-0000002 – Erwerb von Grundstücken.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 6/20-2**

**3.3. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht für Flurstück 1019, Gemarkung Chrieschwitz)  
Drucksachennummer: 0114/2020**

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt die Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück in Plauen, Kastanienweg 1 (Seniorenpflegeheim „Haus Sonnenhof“), Flst.-Nr. 1019, Gemarkung Chrieschwitz, Größe 6.225 m<sup>2</sup> (Anlage 1), Erbbauberechtigter Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Vogtland e.V., mit einer Grundschuld in Höhe von 500.000,00 EUR zzgl. Zinsen und Nebenleistungen für die Bank für Sozialwirtschaft AG mit Sitz in Berlin und Köln sowie zusätzlich die Abgabe einer Erklärung zur Veräußerung des Erbbaurechtes im Insolvenzfall des Erbbauberechtigten bzw. Zwangsvollstreckungsfall gemäß Anlage 2.

**Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 6/20-3**

**3.4. Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Plauen (RPO)  
Drucksachennummer: 0102/2020**

Herr Uebel, Leiter Rechnungsprüfungsamt, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzender der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bedankt sich bei Herrn Uebel für seine Arbeit in den letzten Jahren und die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschen alles Gute für den kommenden Ruhestand.

Oberbürgermeister Oberdorfer schließt sich den Glückwünschen an.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Plauen.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 6/20-4**

**3.5. Betriebssatzung für den „Kulturbetrieb der Stadt Plauen“ als kommunaler Eigenbetrieb (Kulturbetriebssatzung)**

*Drucksachenummer: 0110/2020*

Frau Fischer, Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, reicht einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit folgendem Inhalt ein und erläutert diesen:**

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag zu § 5 der Betriebssatzung für den „Kulturbetrieb der Stadt Plauen“ als kommunalem Eigenbetrieb.

**§ 5 Betriebsleitung**

(1) die Betriebsleitung des Kulturbetriebes besteht aus vier Betriebsleitern und wird vom Stadtrat der Stadt Plauen im ~~Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister~~ bestellt.

Die Betriebsleitung kann insbesondere bestehen aus

1. dem Verwaltungsdirektor,
2. drei Fachdirektoren, die jeweils einer der in § 1 Abs. 1 genannten Einrichtungen vorstehen.

Folgender Satz ist zu streichen und durch den nachfolgenden zu ersetzen:

~~Aus dem Kreis der Betriebsleitung wird vom Stadtrat der Stadt Plauen der Erste Betriebsleiter als Direktor im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister bestellt.~~

**Bei Neueinstellung wird der Direktor für die Dauer von fünf Jahren vom Stadtrat der Stadt Plauen aus dem Kreis der Betriebsleitung berufen. Eine erneute Berufung nach dem Ablauf von jeweils fünf Jahren ist wiederholt möglich.**

Der Antrag wird in schriftlicher Form an Oberbürgermeister Oberdorfer übergeben.

**Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, beantragt nunmehr, die Satzung zurückzuziehen. Es gab in den vorberatenden Ausschüssen keine Diskussion dazu, die Satzung dahingehend zu ändern, nun von der CDU-Fraktion beantragt wurde. Die Tragweite der Änderungen sei in der Kürze der Zeit nicht abzuschätzen.**

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass im Bildungs- und Sozialausschuss einstimmig dem vorgeschlagenen Beschlusstext und der Satzung zugestimmt wurde. Er schließt sich der Vorrede von Stadträtin Rank an.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, warum der § 7 Abs. 6 der Betriebssatzung gestrichen werden soll.

Frau Fischer antwortet, dass die Arbeitspläne (als Bestandteil der Wirtschaftspläne) ohnehin mit der Vorlage der Wirtschaftspläne vorgelegt werden müssen.

Generell besteht in jedem Betriebsausschuss die Möglichkeit, Informationen einzuholen bzw. die Fachdirektoren einzuladen um Informationen mitteilen zu lassen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert, dass er im Ältestenrat bereits angedeutet hat, dass noch ein Änderungsantrag seitens seiner Fraktion kommen könnte.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, nimmt zum o. g. Änderungsantrag der CDU-Fraktion Stellung. Der Antrag wäre unproblematisch, da er den ursprünglichen Zustand der Betriebssatzung vorsieht. Der Antrag würde darauf abzielen, die Souveränität des Stadtrates zu stärken.

Dies sieht Bürgermeister Zenner als problemlos an.  
Bürgermeister Zenner empfiehlt, den Antrag anzunehmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass es für die in der Vorlage dargelegte Änderung sicher auch Gründe gibt. Er neigt dazu, den Antrag von Stadträtin Rank anzunehmen und die Vorlage samt Änderungsantrag noch einmal im zuständigen Ausschuss zu beraten.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt weiter aus, dass grundsätzlich die Formulierung „im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister“ für solche wichtigen Stellenbesetzungen durchaus wichtig ist.

**Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, über den o. g. Antrag von Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, auf verschieben der Verwaltungsvorlage samt Änderungsantrag in den Kultur- und Sportausschuss abzustimmen.**

**Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 6/20-5**

**3.6. Satzung zur 3. Änderung der Gebührensatzung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Hermann-Vogel-Haus in Krebses sowie Spitzenmuseum Plauen (Gebührensatzung Vogtlandmuseum - GebSVoMu)  
*Drucksachenummer: 0105/2020***

Frau Fischer, Leiterin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 3. Änderung der Gebührensatzung für das Vogtlandmuseum Plauen mit Erich Ohser Haus - Galerie e.o.plauen und seinen Außenstellen Hermann-Vogel-Haus in Krebses sowie Spitzenmuseum Plauen.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 6/20-6**

**3.7. Berufung von Mitgliedern des Seniorenbeirates  
*Drucksachenummer: 0103/2020***

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert kurz den Inhalt der Vorlage. Er trägt u. a. § 18 der Hauptsatzung der Stadt Plauen vor.

**Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, beantragt nach § 15 Abs. 1 Pkt. g) der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen eine geheime Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.**

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., bedankt sich bei den Mitgliedern des Seniorenbeirates für die bisher geleistete Arbeit.

Stadträtin Rank merkt an, dass Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. bereits seit 1 Jahr im Seniorenbeirat mit tätig wäre, da sie nach Abberufung von Herrn Wolf-Rüdiger Ruppig neu nominiert worden wäre.

Weiterhin führt Stadträtin Rank aus, dass heute gemäß § 18 der Hauptsatzung der Stadt Plauen alle 9 Mitglieder des Seniorenbeirates zur Abstimmung aufgeführt sein müssten. Sie bittet um genaue Prüfung und bittet darum, auch die übrigen Mitglieder des Seniorenbeirates in der Verwaltungsvorlage mit zu benennen.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass bereits 7 Mitglieder des Seniorenbeirates bestimmt wurden. Es gäbe nur noch 2 Plätze, die durch 2 Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen zu besetzen sind. Auf Nachfrage bei allen Fraktionen wurde die 2 in der Verwaltungsvorlage benannten Vorschläge eingebracht.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt zum Antrag von Stadträtin Pfeil aus, dass in den vorberatenden Ausschüssen nicht angekündigt wurde, dass eine geheime Wahl zu dieser Vorlage im Stadtrat verlangt wird.

Aufgrund dessen wurden auch keine Stimmzettel für eine geheime Wahl vorbereitet.

**Oberbürgermeister Oberdorfer vertagt deshalb die Verwaltungsvorlage „Berufung von Mitgliedern des Seniorenbeirates“, Drucksachenummer: 0103/2020.**

### **3.8. Änderung Verwendungszweck Förderung der Kinder- und Jugendarbeit 2020** ***Drucksachenummer: 0104/2020***

Oberbürgermeister Oberdorfer weist auf das ausgereichte Änderungsblatt zu dieser Vorlage hin und bittet um Beachtung.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass die Stadt Plauen erst einmal in Vorfinanzierung der Jugendeinrichtungen gegangen ist. Gleichzeitig wurde bei Gesprächen mit dem stellvertretenden Landrat Herrn Dr. Drechsel unmissverständlich kundgetan, dass die Stadt Plauen gesetzlich berechnete Erwartungshaltungen gegenüber dem Vogtlandkreis hat.

Der Jugendhilfeausschuss sollte die Kreisverwaltung dringend zu Korrekturen und gesetzeskonformen Handeln auffordern.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Klärung. Gleichzeitig sollte man aber mahnende Worte an den Vogtlandkreis richten.

Es sei dringend notwendig die entsprechende Richtlinie zu überarbeiten.

Stadträtin Pfeil würde sich freuen, wenn die gemäß ausgereichtem Änderungsblatt eingesparten Mittel auch wieder in der Kinder- und Jugendarbeit eingesetzt werden könnten.

Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, kann die Haltung des Vogtlandkreises nicht nachvollziehen und findet dieses Handeln unverantwortlich.

Da sich soziale Brennpunkte meist in größeren Städten (Oberzentren) befinden, sei auch hier ein höherer Bedarf an Kinder- und Jugendarbeit vorhanden. Es sollte eine tragfähige, nachhaltige und vernünftige Lösung gefunden werden. Diese könne aber nicht mit dem Wegfall einzelner Maßnahmen beginnen.

Es sei erfreulich, dass die Stadt Plauen hier finanziell eingesprungen ist, diese dürfe aber nicht zu einer Dauerlösung werden.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, betont, dass es die Aufgabe des Vogtlandkreises sei, die finanzielle Sicherung der Kinder- und Jugendeinrichtungen zu sichern. Es sei auf jeden Fall in ihrem Sinne, dass die Stadt Plauen hier geholfen hat. Aber es muss auch klar gesagt werden, dass im Haushalt der Stadt Plauen deutlich mehr eingeordnet wurde, als es sein müsste.

Frau Göbel erläutert, welche finanziellen Mittel die Stadt Plauen bereits in diesem Haushaltsjahr zusätzlich eingestellt hat. Sie appelliert dringend an die Mitglieder des Stadtrates, das hier eingesparte Geld nicht gleich wieder auszugeben.

Nach Meinung von Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, läge das eigentliche Problem auch in der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen und der Landkreise in Sachsen.



Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass ihre Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Man sei froh darüber, dass die Stadt Plauen hier finanziell eingesprungen ist. Stadträtin Seidel wünscht sich in solchen Dingen eine bessere Zusammenarbeit der Fraktionen im Kreistag untereinander. Stadträtin Seidel führt aus, dass ihre Fraktion einen Vorschlag für die nicht verbrauchten Mittel vorlegen möchte.

Stadtrat Steve Lochmann, AfD-Fraktion, merkt an, dass es auch seitens seiner Fraktion Zustimmung zur Vorlage geben wird.

Stadtrat Lochmann kritisiert den Landrat des Vogtlandkreises bezüglich erst kürzlich durchgeführter Umfragen zu statistischen Zwecken von Mitarbeiter/innen des Jugendamtes bei Kindern und Jugendlichen in den Jugendeinrichtungen. Hier hätte seiner Meinung nach die Einwilligung der Eltern eingeholt werden müssen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass auch in andere Städten des Vogtlandkreises, z. B. Oelsnitz und Reichenbach, ähnliche Unklarheiten wie in Plauen zum Jahresbeginn aufgekommen seien. Die Notwendigkeit von Kinder- und Jugendeinrichtungen steige mit der Größe einer Stadt. Man sollte erwarten können, dass dies ein Landrat auch erkennt und die Bedürfnisse entsprechend der Größe der jeweiligen Städte beurteilt.

Stadtrat Oliver Bittmann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, wie es vermieden werden könnte, dass die Stadt Plauen künftig auch wieder in Vorleistung gehen müsse. Er erwartet, dass sich die Verwaltung hier entsprechende Gedanken macht und der Landkreis frühzeitig genug ankündigt, wenn finanzielle Schwierigkeiten auftreten sollten.

Bürgermeister Zenner fasst noch einmal zusammen. Er merkt an, dass erreicht werden konnte, den Jugendhilfeausschuss über eine mögliche Verdopplung der Zuwendungen für Sach- und Betriebskosten der Kinder- und Jugendeinrichtungen abstimmen zu lassen. Der Vogtlandkreis müsse erkennen, was das Oberzentrum Plauen für den Vogtlandkreis leistet.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt unter Beachtung des ausgereichten Änderungsblattes die Änderung des Verwendungszweckes für die geplanten Mittel zur Förderung der Mobilen Jugendarbeit Plauen, um durch eine Vorfinanzierung die Fortführung der Plauener Kinder- und Jugendmaßnahmen im Haushaltjahr 2020 zu sichern.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 6/20-7**

**3.9. Entgeltordnung für Plauener Sportstätten**  
**Drucksachenummer: 0091/2019**

Herr vom Hagen, Leiter des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung (Eigenbetrieb GAV), erläutert den Inhalt der Vorlage

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Entgeltordnung für Plauener Sportstätten.

**Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 6/20-8**

**3.10. Erlass einer Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung**  
**Drucksachenummer: 0117/2020**

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Er führt u. a. aus, dass man sich mit der vorliegenden Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung nicht gegen den Verzehr von Alkohol wendet, sondern insbesondere gegen die Auswirkungen, die unter dem Einfluss von Alkohol entstehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer ist sich sicher, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung das genauso sieht.

Bezüglich der Anmerkung von Frau Schröder in der heutigen Einwohnerfragestunde merkt Oberbürgermeister Oberdorfer an, dass auch mit den Gruppen, die sich am Tunnel zusammenfinden, Gespräche stattfinden, z. B. durch den Ordnungsdienst der Stadt Plauen oder die Mitarbeiter/innen der Mobilen Jugendarbeit.

Weiterhin führt er aus, dass die Verwaltung verantwortlich für den öffentlichen Raum und ist und durch eine Satzung beeinflussbar sei, welche Verhaltensregularien dort gelten sollen.

Oberbürgermeister Oberdorfer ist es bewusst, dass es hierdurch eine Verdrängung der Gruppen in andere Stadtteile gibt und dass durch die Anwendung der Satzung auch nicht weniger getrunken würde. Aber dies sei auch nicht das Ziel; Ziel ist es, dass an den definierten Stellen nicht getrunken wird, weil es dem Ansehen und Wohlbefinden der Stadt schadet. Es sollte Verständnis dafür bei der Bevölkerung entwickelt werden, dass dies gut und richtig für die Stadt ist.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich für die Darstellung von Oberbürgermeister Oberdorfer. Seine Fraktion würde ebenso argumentieren.

Er merkt weiter an, dass man als politisches Gremium gemeinsam mit der Polizei, dem Ordnungsvollzugsdienst dazu beigetragen habe, dass sich die Situation am Tunnel in den letzten 3 Jahren gebessert hat. Manchmal sei es nach Meinung von Stadtrat Schmidt aber auch notwendig, Verbote zu erteilen. Obwohl diese nicht immer zielführend wären, sei es aber bei manchen Personengruppen letztendlich die einzige Möglichkeit, zu agieren. Es müsse auch in Prävention investiert werden, so z. B. durch die Etablierung des Kommunalpräventiven Rates.

In den Verdrängungsgebieten, z. B. an der alten Elsterbrücke, müsse zukünftig genauer geschaut werden, wie sich dies in den nächsten Wochen und Monaten entwickelt.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender AfD-Fraktion, führt aus, dass der Beschluss über eine Wiederaufnahme und Erweiterung der Alkoholverbotszone im Zentrum der Stadt Plauen leider eine zwingend erforderliche Maßnahme sei. Seine Fraktion wird dieser Vorlage mehrheitlich zustimmen.

Stadtrat Schumann appelliert an die Verwaltung, dass die Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung durch ständige Kontrolle auch umgesetzt wird. Auch er vertritt die Meinung, dass dies nicht die Lösung des Problems darstellt. Man sollte auf jeden Fall Angebote an die betroffenen Personengruppen machen, um das Problem der Verdrängung in andere Stadtteile zu klären.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, ist der Überzeugung, dass die Verbotszone nicht den erhofften Effekt bringen wird. Die Verbesserung am „Tunnel“ hätte sich seiner Meinung nach nur dadurch ergeben, dass mehr Polizei- und Sicherheitskräfte vor Ort zum Einsatz kamen.

Stadtrat Schwarz führt weiter aus, dass z. B. gegen die „Wildpinkler“ oder gegen das Müllproblem bzw. gegen aggressive Leute der § 12 des Polizeibehördengesetzes als Handhabe völlig ausreichen würde. Durch den Beschluss der Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung würde lediglich ein Verdrängungseffekt von Menschen aus dem Zentrum der Stadt Plauen entstehen, die „nicht der Norm entsprechen“ würden.

Stadtrat Schwarz merkt an, dass man gegen den Beschluss der Polizeikonsumverbots-Polizeiverordnung eine Normenkontrollklage - wie in Görlitz bereits geschehen - einreichen könne.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den von ihrer Fraktion eingereichten Änderungsantrag.

Auch die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion nimmt wahr, dass das vermeintliche Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zugenommen hätte. Die Einführung der Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung hätte also einen Effekt erzielt.

Die Mehrheit der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion könne der Vorlage zustimmen, wenn diese um präventive Maßnahmen, welche die Verdrängungszonen betreffen, ergänzt und die im o. g. Änderungsantrag benannte Berichterstattung erfolgen würde.

Stadtrat Tony Gentsch, fraktionsloser Stadtrat, führt u. a. aus, dass die Verbotszone das eigentliche Problem nicht beheben würde. Es sei z. B. nicht bekannt, ob die Menschen, welche die in der Vorlage dargelegten 13 Straftaten am Postplatz begangen haben, auch tatsächlich den Alkohol in der Verbotszone oder schon vorher konsumiert hätten. Seiner Meinung nach ginge es nur darum, einen Vorwand zu finden, um so genannte Trinker aus der Innenstadt heraus zu haben. An dem Problem selbst würde diese Verbotszone nichts ändern, sondern es nur in andere Stadtteile verlagern. Die Aufgabe der Verwaltung bzw. der Fraktionen sollte nach Meinung von Stadtrat Gentsch sein, diesen Menschen soziale Unterstützung anzubieten.

Stadtrat Gentsch teilt mit, dass er gegen den Beschlussvorschlag stimmen wird.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, merkt an, dass die Verbotszone aufgrund des Verhaltens „einer überschaubaren Minderheit“ eingeführt wurde. Das Problem seien diejenigen, welche die grundlegenden Regeln menschlichen Zusammenlebens nicht einhalten können oder wollen. Manchmal müsse eine Gesellschaft zum Wohle der übergroßen Mehrheit der Menschen zu solchen Maßnahmen greifen.

Die FDP-Fraktion wird diesem zeitlich und örtlich befristeten Alkoholverbot mehrheitlich zustimmen.

Stadtrat Oliver Bittmann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, findet das Alkoholverbot unnützlich und nicht konsequent durchgezogen. Z. B. wird den Bürgerinnen und Bürgern während der Durchführung von Stadtfesten in den Verbotszonen das Alkohol trinken gewährt. Gleichzeitig seien die in der Vorlage aufgeführten Straftaten hauptsächlich während des Plauer Spitzenfestes bzw. während des Weihnachtsmarktes passiert.

Stadtrat Bittmann wünscht sich, dass über weitere präventive Maßnahmen nachgedacht würde, statt Verbote zu verhängen. Dies würde einer modernen Stadt besser zu Gesicht stehen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, sieht hier eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Zu den Stadtfesten sei das Trinken in den Verbotszonen erlaubt, obwohl es dort auch viele Vorfälle gäbe. Viele Menschen, die im Lutherpark ihr Bier trinken und auch ihre Hinterlassenschaften wegräumen, würden mit diesem Verbot kriminalisiert. Dass sich die Gesamtsituation am Tunnel verbessert habe, liegt nach Meinung von Stadträtin Rank auch an dem verstärkten Einsatz von Polizei- und Ordnungskräften und weniger am Verbot. Präventive Arbeit sei ihrer Meinung nach wichtiger als das Aussprechen von Verboten.

Stadträtin Rank fragt bei der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion bezüglich der Forderungen im Änderungsantrag nach, ob überhaupt schon Gespräche mit der Mobilen Jugendarbeit bzw. dem dort angestellten Sozialarbeiter geführt wurden und wie dieser die Situation einschätzt.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bedankt sich bei Frau Schröder, welche den Mut hatte, während der Einwohnerfragestunde ihre Meinung zu äußern.

Stadtrat Holtschke teilt mit, dass die Mobile Jugendarbeit bereits im Jahr 2018 darauf hingewiesen hatte, dass es mit Einführung des Alkoholverbotes zu einer Verdrängung in Richtung Schloßberg und Neustadtplatz kommen würde. Dies würde die Arbeit der Sozialarbeiter maßgeblich einschränken.

Stadtrat Holtschke lehnt u. a. deswegen das Alkoholverbot ab und auch, weil es die persönliche Freiheit der Plauer Bürger/innen einschränken und neue Probleme aufwerfen würde.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass man das Ziel -die Eindämmung der Probleme am Tunnel - erreicht hätte. Deshalb hätte sich die Einführung der Alkoholkonsumverbotszone als eine von vielen Maßnahmen gelohnt. Sicher sei dies eine Einschränkung der Freiheit von Einzelnen, diese würde aber nach Meinung von Stadtrat Eckardt dort enden, wo die Freiheit von anderen betroffen sei.

Stadtrat Rico Kusche, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass durch die Einführung der Alkoholverbotszone die Kriminalität verringert und das Erscheinungsbild des Zentrums von Plauen verbessert, was für viele Gewerbetreibende sehr wichtig sei.

Stadtrat Kusche führt weiterhin aus, dass er selbst mit der Erstellung und Umsetzung der Sicherheitskonzepte bei Stadtfesten betraut sei. In den letzten Jahren müssen immer höhere Auflagen bezüglich des Einsatzes von Security erfüllt werden. Dies sein ein großer finanzieller Aufwand. Sehr gute Unterstützung erhält die Initiative Plauen hier durch die Polizeidirektion. Plauen.

Stadtrat Tobias Rüdiger, Fraktion DIE LINKE, weist darauf hin, dass die Verdrängung aus der Innenstadt dazu geführt habe, dass nun viele an der Alten Elsterbrücke ihr Bier trinken würden. Dort hat der BMX-Verein „2plus4macht1 e.V.“ sein Vereinsgelände. Von den 75 Mitgliedern des Vereines sind 65 Kinder, die nunmehr an den Trinkenden vorbeimüssten.

Stadtrat Rüdiger wünscht sich, dass nun auch in diesem Bereich kontrolliert würde, genauso wie in der Innenstadt.

Stadträtin Alexandra Glied, CDU-Fraktion, ist der Meinung, dass Prävention sehr wichtig sei. Sie versteht aber den Vorwurf von einzelnen Stadtratsmitgliedern nicht, dass hier zu wenig Prävention durchgeführt würde. Sie ruft dazu auf, sich ehrenamtlich mehr an Präventionsmaßnahmen zu beteiligen.

**Stadträtin Juliane Pfeil teilt mit, dass der Änderungsantrag ihrer Fraktion, Reg. Nr. 93-20, durch den Text in der Stellungnahme der Verwaltung mit der nachfolgend benannten Ergänzung zur Abstimmung gestellt werden soll:**

**Beschlussvorschlag:**

Die für die sog. Verdrängungsgebiete möglichen und geeigneten Präventionsmaßnahmen werden im Kommunalen Präventionsrat erörtert. Dies erfolgt auf der Grundlage der vom Verein zur Förderung der Bildung - VFB Salzwedel e. V. erarbeiteten Situationsanalyse.

Zur Erörterung werden die Mobile Jugendarbeit Plauen und das Landratsamt Vogtlandkreis/Jugendamt in seiner Zuständigkeit für die Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII eingeladen.

Der Kommunale Präventionsrat erarbeitet einen Vorschlag zur weiteren Verfahrensweise hinsichtlich der möglichen und geeigneten Präventionsmaßnahmen sowie zu deren Finanzierung. Dieser Vorschlag wird dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ein 1. Zwischenbericht wird dem Stadtrat bis zum Ende des II. Quartals 2020 bereitgestellt.

Unabhängig davon wird die Mobile Jugendarbeit vom Kommunalen Präventionsrat gebeten, den Stadtrat jährlich über die aktuelle Situation in der Alkoholverbotszone und über die sich daraus entwickelnden Verdrängungsgebiete zu informieren.

Bürgermeister Zenner unterstützt diesen Beschlussvorschlag.

**Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt sich des o. g. Beschlussvorschlages zum Änderungsantrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion an. Somit ist eine Abstimmung des Antrages nicht notwendig.**

**Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf offene namentliche Abstimmung der Vorlage.**

**Diesem Geschäftsordnungsantrag wird nicht widersprochen.**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die als Anlage beigefügte Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung 2020.

**Auf Antrag der CDU-Fraktion wird eine offene namentliche Abstimmung durchgeführt:**

**27 Ja-Stimmen:**

|                  |                          |                              |
|------------------|--------------------------|------------------------------|
| Bindl, Andre     | Gruber, Lars             | Salzmann, Thomas             |
| Bittmann, Oliver | Haubenreißer, Thomas     | Schaufel, Frank              |
| Brückner, Dirk   | Hering, Ronny            | Schmidt, Jörg                |
| Dieke, Mario     | Kämpf, Tobias            | Schumann, Gerald             |
| Eckardt, Ingo    | Knabe, Kerstin           | Schumann, Sabine             |
| Fiedler, Thomas  | Kowalzik, Prof. Dr. Lutz | Stenzel, Dr. Dirk            |
| Gerbeth, Sven    | Kusche, Rico             | Stubenrauch, Bernd           |
| Glied, Alexandra | Mühle, Monika            | Zabel, Benjamin              |
| Golle, Stefan    | Pfeil, Juliane           | Oberbürgermeister Oberdorfer |

**7 Nein-Stimmen:**

|                 |
|-----------------|
| Gentsch, Tony   |
| Jäger, Klaus    |
| Rank, Petra     |
| Rüdiger, Tobias |
| Schatz, André   |
| Schwarz, Maik   |
| Seidel, Uta     |

**4 Stimmenthaltungen:**

|                   |
|-------------------|
| Holtschke, Eric   |
| Lochmann, Steve   |
| Mahler, Thomas    |
| Przisambor, Danny |

**Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 6/20-9**

**3.11. Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme Stadt-/Stützmauer Schulberg  
(Investitionsnummer 18-0000152)  
Drucksachenummer: 0108/2020**

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Auszahlungen in Höhe von 84.053,67 EUR im Jahr 2020 für die Baumaßnahme Stadt-/Stützmauer Schulberg (Investitionsnummer 18-0000152/2-60-303/511108/0962001).

**Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 6/20-10**

**3.12. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu Solaranlagen und Fassadenbegrünungen,  
Reg.-Nr. 20-19 - Stellungnahme der Verwaltung,  
Änderungsantrag Reg. Nr. 92-20**

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE, erläutert die beiden Anträge (**Reg. Nr. 20-19, Reg. Nr. 92-20**) seiner Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass das Energieteam im nächsten Stadtbau- und Umweltausschuss das Monitoring vortragen wird. Eine entsprechende Vorlage wird für den Stadtrat vorbereitet.

Herr Levente Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Der Beschlussvorschlag, wie im Änderungsantrag, Reg. Nr. 92-20 dargestellt, wird von der Verwaltung befürwortet.

**Beschluss zum Antrag Reg. Nr. 92-20:**

Bei neu zu errichtenden und zu rekonstruierenden kommunalen Gebäuden soll immer eine verbindliche objektbezogene Einzelfallprüfung vor Errichtung von Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien) bzw. der Realisierung von Fassadenbegrünungen erfolgen.

**Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 6/20-11**

**3.13. Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu Folgekosten für geplante Investitionen im Hochbaubereich, Reg.-Nr. 26-19 - Stellungnahme der Verwaltung**

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Herr Levente Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Es wird ein zweistufiges Vorgehen empfohlen. Entsprechend empfiehlt die Verwaltung einen geänderten Beschlussvorschlag.

Stadträtin Rank befürwortet die Abstimmung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlusstextes.

**Beschluss:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Folgekosten, die bei den geplanten Investitionsmaßnahmen im Hochbaubereich entstehen, im Zuge der Vorplanung (Variantenuntersuchung) überschlägig zu schätzen. Bei den Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von über 5 Millionen Euro sind diese im Rahmen der Entwurfsplanung zu konkretisieren und nach laufenden Betriebskosten, Instandhaltungskosten und Personalkosten aufzuschlüsseln.

**Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 6/20-12**

**4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass die Beteiligung der Ortschaftsräte bei Vorhaben, die die Gemeindeteile betreffen, teilweise erst sehr spät oder zu spät erfolgen würde. Er führt weiter aus, dass es einen Eingemeindungsvertrag gibt, in welchem die Beteiligung fest geschrieben ist.

Stadtrat Schwarz fragt nach, ob dies allen Teilen der Verwaltung bekannt sei. Wenn nicht, sollte man nochmals darauf hinweisen, dass eine Beteiligung der Ortschaftsräte vertraglich verpflichtend ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass dieser Eingemeindungsvertrag bekannt sei. Er betont, dass es in diesem Sinne richtig sei, hier nochmals darauf aufmerksam zu machen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, fragt nach, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sieht, alle Ortschaftsräte früher in Planungsvorhaben einzubeziehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass es der gemeinsame Anspruch sein sollte, die Ortschaftsräte zu Angelegenheiten in den Ortsteilen so zeitig wie möglich mit einzubeziehen.

**Stadtrat Gerbeth fragt zum aktuellen Sachstand bezüglich der gesperrten Spielgeräte im Ortsteil Jöbnitz bzw. im Plauener Stadtgebiet nach.**

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

Stadtrat Rico Kusche, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach, wer die Orte zur Aufstellung von Blitzgeräten festlegt. Er spricht den Standort des neuen Blitzgerätes vor dem Friedhof an der Chamissostraße an, wo sich weder eine Schule bzw. Kita noch Wohnbebauung befände.

Frau Ullmann, Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung, antwortet, dass die VWV Verkehrsüberwachung vorgibt, dass vornehmlich an Gefahrenstellen aufgestellt werden sollten. Die Kreuzung an der Chamissostraße sei ein Unfallschwerpunkt.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, spricht das Thema Tagesbereitschaft bei der Feuerwehr Mitte an, welche derzeit nicht gewährleistet sei. Dieses Thema wurde zur Jahreshauptversammlung der Feuerwehr angesprochen. Er legt dar, dass die Kameraden der Feuerwehr Mitte daran interessiert wären, im Jahresverlauf diese Tagesbereitschaft wiederherzustellen. Durch Bürgermeister Sárközy sei signalisiert worden, dass seitens der Stadtverwaltung Plauen nicht gewünscht sei, darüber nachzudenken und in ca. 1 Jahr noch einmal darüber zu diskutieren. Stadtrat Schmidt fragt nach, ob diese Vorgehensweise von Bürgermeister Sárközy mit Oberbürgermeister Oberdorfer abgestimmt war.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass zwischen ihm und Bürgermeister Sárközy dem Wesen nach Einigkeit bezüglich der freiwilligen Feuerwehren besteht. Es ist bekannt, dass nur wenige freiwillige Feuerwehren in Tagesbereitschaft einsatzbereit sind.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, führt aus, dass aufgrund eines Antrages der CDU-Fraktion zu diesem Thema ausführlich im öffentlichen Teil des Verwaltungsausschusses am 18.03.2020 berichtet wird.

Vorab teilt Bürgermeister Sárközy mit, dass die Freiwillige Feuerwehr Mitte am 02.02.2020 die Tagesbereitschaft abgemeldet hat. Die Wehr hat signalisiert, dass die Kameraden zwischen 06:00 Uhr und 18:00 Uhr an Wochentagen nicht zur Verfügung stehen. Vom Ablauf her, wird bei Alarmierung in der Stadt Plauen zuerst die Berufsfeuerwehr ausrücken. Die Ausrücke-Ordnung legt fest, welche Wehren danach alarmiert werden, wenn Bedarf zur unterstützenden Hilfeleistung besteht.

Aufgrund der o. g. benannten Tatsache bei der Freiwilligen Feuerwehr Mitte wurde die Ausrücke-Ordnung dahingehend verändert, dass künftig auch andere freiwillige Feuerwehren zusätzlich zur Feuerwehr Mitte alarmiert werden, um Brandschutz in der Stadt Plauen weiter zu gewährleisten. Diese Vorgehensweise wurde im Vorfeld der o. g. Jahreshauptversammlung umfassend mit der Wehrleitung der Feuerwehr Mitte besprochen. Von der Wehrleitung wurde signalisiert, dass man die Kameraden zur Atemschutzgeräte-Ausbildung schicken wolle, aber nicht klar sei, wann diese Ausbildung beendet ist und ab wann die jungen Kameraden das erste Mal nach der Ausbildung zum Einsatz kommen können.

Bei der Vorbesprechung sei man so verblieben, dass 1 Jahr lang die neue Ausrücke-Ordnung Bestand haben wird.

Warum der Wehrleiter Herr Pelz in der o. g. Jahreshauptversammlung etwas Anderes kommuniziert habe als vorher besprochen wurde, kann Bürgermeister Sárközy nicht beantworten.

Herr Pelz wird am 18.03.2020 im öffentlichen Teil des Verwaltungsausschusses die Möglichkeit haben, dazu selbst Stellung zu nehmen.

5. **17:00 Uhr - Einwohnerfragestunde**

**Herr Klaus Gerber, Geibelstraße 42, 08525 Plauen**

Herr Gerber erläutert, dass die Baumaßnahmen an der Pausaer Straße nun beendet sind. Jedoch wurde seiner Meinung nach vergessen, das Straßenschild „Tannenhof“ sowie das Schild für den Radweg wieder an der Bundesstraße aufzustellen. Außerdem wurden die Hinweisschilder für den Wanderweg nach Jößnitz vergessen, welcher an der Endhaltestelle „Plamag“ der Straßenbahn beginnt. Oben beschriebenes gab Herr Gerber beim Mängelmelder der Stadt Plauen zu Protokoll. Im Januar 2020 erhielt er eine Rückmeldung, dass das Anliegen an die zuständigen Stellen weitergeleitet wurde. Am 22.01.2020 galt der Fall als „erledigt“ laut Mängelmelder, jedoch seien die Schilder noch immer nicht wieder an der richtigen Stelle aufgestellt worden.

Herr Gerber fragt, nach welchen Kriterien in der Verwaltung solche Vorgänge bearbeitet werden und als erledigt gelten obwohl in der Praxis nichts passiert ist.

Des Weiteren fragt Herr Gerber nach, was der Grund dafür sei, dass vom Mängelmelder nun gar keine Information mehr kommt.

Seine dritte Frage lautet, ob es bei dem Prozess der Abnahme der Straße noch Lücken gäbe.

Diese Vermutung begründet Herr Gerber damit, dass globale Fragen, z. B. ob genug Bitumen vorhanden ist, ob die Verkehrsschilder vorhanden sind, ob Markierungen ordnungsgemäß gesetzt wurden, berücksichtigt seien. Um lokale Fragen, z. B. ob die Wege für Rollstuhlfahrer geeignet sind und ob Rad- und Wanderwege betroffen sind, wären seiner Meinung nach nicht geklärt.

Abschließend fragt Herr Gerber, ob er mit einer Beantwortung seiner Fragen noch vor der 900-Jahr-Feier der Stadt Plauen rechnen könne.

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine ordentliche schriftliche Antwort zu. Er betont aber, dass dies keine Baumaßnahme der Stadt Plauen, sondern des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr (LASUV) sei. Das heißt, dass alle Maßnahmen der Wiederherstellung der Straße bis hin zum letzten Schild dem LASUV unterliegen.**

**Herr Ulrich Neef, Dr.-Theodor-Brugsch-Str. 48, 08529 Plauen**

Herr Neef übergibt seine Anfrage in schriftlicher Form an den Oberbürgermeister Oberdorfer.

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

**Frau Franziska Schröter, Reusaer Straße 106, 08529 Plauen**

Frau Schröter fragt bezüglich der Alkoholkonsumverbots-Polizeiverordnung nach, warum zu diesem Thema nicht im Vorfeld mit den betroffenen Gruppen in Bezug auf die Alkoholverbotzone gesprochen wurde.

Frau Schröter fragt weiterhin, worin der Unterschied besteht, ob man im Park oder im Theatercafé Alkohol trinkt. Sie betont, dass nicht alle Leute genug Geld hätten, um es im Café oder im Biergarten auszugeben.

**Oberbürgermeister Oberdorfer verweist auf TOP 3.10. der heutigen Sitzung. Unter diesem Tagesordnungspunkt wird es eine Antwort zu diesen Fragen geben.**

**Herr Andreas Zelle, Seumestraße 5, 08525 Plauen**

Herr Zelle berichtet, dass er im Oktober 2019 eine Anfrage über den Mängelmelder der Stadt Plauen bezüglich der Verkehrssicherheit vor der Friedrich-Rückert-Grund- und -Oberschule eingereicht hat. Er teilt weiterhin mit, dass im Jahr 2018 und im Oktober 2019 vor dieser Schule Verkehrszählungen stattgefunden haben.

Herr Zelle bittet um Einsicht in die beiden Protokolle dieser beiden Verkehrsschauen.

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung über den Fachbereich Ordnung und Sicherheit zu.**



Weiterhin fragt Herr Zelle nach, wann die Straßenlaternen vor den beiden Schulen das letzte Mal geprüft wurden. Auch in dieses Protokoll möchte er Einsicht haben.

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung über den Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung zu.**

**Frau Yvonne Fischer, Pausaer Straße 80, 08525 Plauen**

Frau Fischer fragt nach, warum §41-1311 der Straßenverkehrsordnung vor der Rückert-Grundschule nicht umgesetzt wird. Dieser Paragraph besagt, dass eine Geschwindigkeitsbegrenzung innerhalb geschlossener Ortschaften im unmittelbaren Bereich von Kindertagesstätten und Schulen auf Tempo 30 vorgeschrieben ist.

**Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass Frau Fischer durch den Fachbereich Ordnung und Sicherheit über die Regularien und Festlegungen der Verkehrsbehörde schriftlich oder telefonisch informiert wird.**

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer  
Oberbürgermeister

André Bindl  
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß  
Schriftführerin

Lars Gruber  
Stadtrat